Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 179. Sonntag den 28. Juni 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 1. Juli 1885, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Bauausschusses über: a. die Eingabe der Firma Gustav Unger Nachf. wegen Errichtung eines Pulvermagazins; b. Ausführung von Wasserleitungsarbeiten in der Marien- und Salomonstraße; c. Einführung der Wasserleitung in die Sedanstraße, Straße IV des nordwestlichen Bebauungsplanes und die Straße an der alten Elster.
II. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über Feststellung der Straßenfluchtlinie des Dölitzer Weges.
III. Bericht des Oekonomie- und Bauausschusses über Herstellung des Dölitzer Weges.
IV. Bericht des Oekonomieausschusses über die Eingabe der Herren Reichert u. Gen. wegen Anbringung einer Uhr auf dem Brunnen vor der Tuchhalle.
V. Bericht des Oekonomie- und Verfassungsausschusses über ein Abkommen mit der Gemeinde Probstheida wegen Ausübung der Polizei auf dem Friedhofe am Napoleonsteine durch die Stadt.
VI. Bericht des Gas- und Oekonomieausschusses über a. Candelaberaufstellung an der Schleußbrücke und Anbringung von 11 Laternen mit Bray'schen Doppelbrennern auf der Promenaden-Ringstraße; b. Ausstattung der Gebäude der Gasanstalt II mit Mobiliar u. s. w. und Anpflanzung und Regulirung des Terrains derselben.
VII. Bericht des Gasausschusses über Anschluß der Buch- und Cassenverwaltung der Gasanstalten an die hiesige Stadt-Fernsprecheinrichtung.
VIII. Bericht über die Rathsvorlagen, betr. a. Herstellung einer Einfriedigung für das Grundstück der Gasanstalt II; b. Anbringung eines Candelabers an der Ecke der Wintergartenstraße bei der Ringstraße; c. Auflassung eines Theiles der Parzelle Nr. 1740g für Leipzig aus der Flur Leipzig nach der Flur Reudnitz.
IX. Bericht des Stiftungs-, Bau- und Oekonomieausschusses über Aufstellung neuer Verkaufsbedingungen für den Bauplatz U an der Stephanstraße.

Bekanntmachung.

Infolge des Erneuerungsbaues der Thomaskirche muß dieselbe einstweilen für den sonntäglichen Gottesdienst geschlossen werden, und es haben daher **von Sonntag, den 28. dieses Monats ab** bis auf Weiteres **in der Nicolaikirche** an jedem Sonntag-Vormittage je zwei Hauptgottesdienste mit Beichte und Communion, von welchen abwechselnd der eine der Nicolai- und der andere der Thomas-Gemeinde zukommt, um 8 Uhr und um 10 Uhr stattzufinden, sowie an den sonntäglichen Abendgottesdiensten um 6 Uhr diese zwei Gemeinden alternirend theilzunehmen.

Ferner werden die Thomas-Wochencommunion, die Sonnabendsmotetten und die Motettenproben fortan in der **Nicolaikirche** zu den hergebrachten Zeiten, und die Kirchenmusiken sonntäglich in dem 10-Uhr-Gottesdienste stattfinden.

Für die Amtshandlungen der Taufen und Trauungen soweit diese nicht in dem neuerbauten Beichthause der Thomaskirche vorgenommen werden können — und für Abhaltung des Kindergottesdienstes, welcher übrigens vom nächsten Sonntag ab bis Ende August dieses Jahres ausfällt, ist die **Paulinerkirche** in Aussicht genommen, und wird hierüber noch besondere Bekanntmachung erfolgen.

Leipzig, den 25. Juni 1885.

Die Kircheninspection.
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
Pank. Dr. Georgi. Wilisch, Af.

Bekanntmachung.

Montag, den 29. d. M., wird mit der Pflasterung der **Elisenstraße** auf deren Strecke zwischen **Körner-** und **Schenkendorfstraße** und mit Pflasterung der **letztgenannten Straße von und einschließlich ihrer Kreuzung** mit der **Elisenstraße** bis zur **Kreuzung mit der Bayerischen Straße** begonnen werden.

Die **Fahrbahnen** der betreffenden Straßenstrecken werden daher während der Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Verkehr gesperrt.**

Leipzig, am 23. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen Schleußenbaues wird die **Theatergasse von Montag den 29. dss. Monats ab** auf die Dauer der Arbeiten für den **durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 23. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, dem an der Körnerstraße zwischen Zeitzer- und Elisenstraße gelegenen freien Platze die Bezeichnung
„Körnerplatz"
zu geben und bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 25. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die von uns unter dem 4. Mai dss. Js. ausgeschriebene Stelle eines **Inspectors** bei unseren Gasanstalten ist besetzt.

Leipzig, den 24. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Auction.

Montag, den 29. Juni 1885, Nachmittags 3 Uhr, sollen in der Restauration zum **Rathskeller zu Reudnitz** circa 126 Meter Herrenkleiderstoffe verschiedener Farben meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 27. Juni 1885.

Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht daselbst.

Nichtamtlicher Theil.

Das neue englische Ministerium.

Salisbury hat längerer Zeit bedurft, um einen Entschluß wegen Uebernahme der ihm angetragenen Regierung zu fassen, nachdem dies aber geschehen war, ist auch seine Zuversicht gewachsen und die Art und Weise, wie er sich in der Oberhaussitzung vom 25. Juni geäußert hat, läßt erkennen, daß er mit den Aussichten für die Zukunft zufrieden ist. Die englischen Verhältnisse sind anders geartet, als die unserigen, die Gründe, welche eine Regierung zu Falle bringen und eine andere auf den Schild heben, liegen nicht so offen zu Tage. Erfolge oder Niederlagen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik werden nicht mit der Begeisterung oder Niedergeschlagenheit aufgenommen, wie in den übrigen europäischen Großstaaten, die Gesammtlage wird nur vom kaufmännischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Das, was der Franzose Prestige nennt, ist in England so gut wie unbekannt. Es war den Engländern freilich nicht gleichgiltig, daß Lord Wolseley in Kairo als Sieger einzog, es verursachte dem englischen Volke auch Schmerz, als es die Nachricht vom Untergange Gordon's erhielt, aber diese Schmach mit einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Gladstone zu beantworten, fiel dem englischen Parlament doch nicht ein, es blieb in seiner Mehrheit auf Seiten Gladstone's, weil die Finanzlage Englands im Ganzen günstig war und weil man von Gladstone überzeugt war, daß er den Frieden aufrecht erhalten werde. Das war es auch, was die Engländer bewog, Gladstone die Lösung des afghanischen Grenzstreites zu überlassen. Daß er gegen Rußland eine herausfordernde Sprache führte, ließ sie kalt und nur, als er den Elfmillionencredit beanspruchte, gerieth das Parlament in eine flüchtige Aufregung, die aber sofort wieder verschwand, als es die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Credit nicht zur Kriegführung verlangt wurde, sondern nur um auf die Russen einen Druck auszuüben. Diese Art, politische Fragen zu behandeln, entspricht ganz den englischen Anschauungen, aber außerdem beansprucht man von dem Leiter der Regierung auch noch, daß er die Stellung Englands unter den europäischen Großmächten aufrecht erhält. Das war Gladstone allerdings nicht gelungen, und je mehr die Engländer zur Erkenntniß der Thatsache gelangten, daß die Stimme Englands im Rathe der Völker an Gewicht verloren habe, desto unhaltbarer wurde die Grundlage, auf welcher die Regierung sich befand. Es besteht in England der lebhafte Wunsch, daß der Nachfolger Gladstone's das gesunkene Ansehen Englands wieder heben möge, aber dieser Wunsch ist nicht mit der Opferwilligkeit gepaart, das erforderliche Geld und Blut für diesen Zweck aufzuwenden.

Darin besteht die Stärke der Partei Gladstone's und die Schwäche der Partei, an deren Spitze Salisbury steht. Beide Führer sind sich dieser Sachlage wohl bewußt, und deshalb hat Salisbury so lange gezögert, bis er sich entschloß, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Gladstone rief den Conservativen am 8. Juni vor der Abstimmung über den Antrag Hicks Beach's zu: „Wenn Sie den Antrag annehmen, dann haben Sie auch die Verantwortung für die Folgen zu tragen." Salisbury hat am 25. Juni die Antwort auf diesen übermüthigen Ausruf gegeben: „Wenn einige Politiker der gegenwärtigen Regierung nur eine kurze Lebensdauer vorhersagen, so erinnere ich daran, daß frühere Regierungen, die sich in gleichem Falle befanden, 9 und 10 Jahre am Ruder geblieben sind." Salisbury kennt seine Landsleute zu gut, als daß er sich beim Parlament durch ein vielversprechendes Programm einführen sollte, er hält es für zweckmäßiger, den Boden zu prüfen und der öffentlichen Meinung Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche selbst kund zu geben. Die Regierung hat durch die letzte Vertagung des Parlaments wiederum fast 14 Tage Frist gewonnen, um sich über die öffentliche Meinung zu unterrichten und ihre Vorbereitungen für die Zukunft zu treffen. Die Einleitung für die Uebernahme der Geschäfte durch die Torypartei ist für sie günstig verlaufen, Gladstone kann sich von dem Vorwurf nicht vollständig reinigen, daß er der neuen Regierung unnütze Schwierigkeiten bereitet hat. Das, was er schließlich zugestand, konnte er auch früher zugestehen und dadurch den Uebergang der Regierung von den Liberalen auf die Conservativen beschleunigen. Durch sein Zögern hat er dem Glauben Vorschub geleistet, daß er bei seinem Widerstande mehr als billig von persönlichen Beweggründen bestimmt wurde. Salisbury hat diesen letzten politischen Fehler Gladstone's zu seinem Vortheil verwerthet, indem er durch seine vorsichtige Haltung die Meinung hervorrief, daß er bei Uebernahme der Regierung nur das öffentliche, aber nicht das persönliche Interesse zu Rathe gezogen habe.

Salisbury geht offenbar nicht planlos zu Werke, sondern hat ganz bestimmte Ziele vor Augen, aber er beobachtet über das, was er zu thun gedenkt, vorsichtiges Schweigen. Daß er zunächst sein Augenmerk auf die egyptischen Angelegenheiten gerichtet hat, geht aus der Ernennung Drummond Wolff's zum außerordentlichen Gesandten in Egypten hervor. Die egyptische Frage ist die brennendste, und es ist die erste Aufgabe einer neuen Regierung, dort Ordnung zu schaffen. Daß er die dort von Gladstone begangenen Fehler wieder gut machen könne, hofft Salisbury wohl kaum, dazu ist in Egypten zu viel gesündigt worden, aber daß er entschlossen ist zu retten, was noch zu retten ist, das scheint die Politik Salisbury's zu sein. Das Schlimme an den in Egypten dringend nöthigen Maßnahmen ist nur, daß sie von Geldopfern untrennbar sind. Die durch das Bombardement von Alexandrien Geschädigten müssen die längst zugesagte Entschädigung erhalten, das ist eine der dringendsten Pflichten, welche die neue Regierung zu erfüllen hat. Ferner müssen die egyptischen Finanzen in einer Frankreich und den übrigen an der egyptischen Staatsschuld interessirten Mächten genehmen Form geregelt werden. Der Weg, welchen Lord Northbrook dazu eingeschlagen hatte, konnte nicht als der richtige anerkannt werden, dadurch ist der Einfluß Englands in Egypten nur vermindert worden, denn erst in Folge der Vorenthaltung gewisser, für die Befriedigung der Staatsgläubiger bestimmter Einnahmen sind Deutschland und Rußland zu der Forderung bewogen worden, Sitz und Stimme in der egyptischen Staatsschuldencommission zu erhalten. Auch die Neutralisirung des Suezcanals und Egyptens ist jetzt erst in Folge der verfehlten Politik Gladstone's zum Gegenstand internationaler Erörterungen gemacht worden und die ganze Angelegenheit ist heute der Art verfahren, daß kaum noch Hoffnung für England besteht, darin eine Aenderung herbeizuführen.

Als die zweite Hauptaufgabe, welche die neue Regierung zu lösen berufen ist, erscheint die afghanische Grenzfrage. Daß man sich von dem Cabinetswechsel in Rußland nichts Gutes verspricht, zeigt der gestern im Auszuge mitgetheilte Artikel des „Journal de St. Pétersbourg". Der wohlberechnete Schachzug, den dieses halbamtliche russische Blatt thut, besteht darin, daß es die afghanische Frage mit der Colonialfrage zusammenwirft und die Sache so darstellt, als ob Rußland nur in Verfolgung eines durchaus berechtigten Strebens nach Indien gehe. Rußland verweist damit die russisch-indische Streitfrage unter den allen Mächten gemeinsamen Gesichtspunkt, daß England nicht allein zur Weltherrschaft berufen sei, sondern den übrigen Mächten gleiche Berechtigung zugestehen müsse. So richtig dieser Satz ist, so paßt er doch in seiner Allgemeinheit nicht auf eine Ausdehnung der russischen Macht in Asien, welche bereits mit der englischen in Streit gerathen ist. Rußland erwartet von Salisbury, daß er die afghanische Frage als eine Erbschaft Gladstone's in dem ihm überlieferten Zustande belassen wird. Diese Erwartung wird kaum befriedigt werden, es sei denn, daß Rußland die von Gladstone erhobenen Forderungen einfach erfüllt, was bisher nicht geschehen ist. Die Erbschaft, welche Gladstone seinem Nachfolger hinterlassen hat, ist nichts weniger als begehrenswerth, man kann deshalb Salisbury nicht zumuthen, daß er sie ohne jeden Vorbehalt antreten wird. Rußland gegenüber erscheint das Festhalten an gewissen Bedingungen am meisten geboten.

Leipzig, 27. Juni 1885.

* Mit wahrer Genugthuung darf man den Entschluß des Reichskanzlers begrüßen, über die Frage der Sonntagsarbeit die von den Nationalliberalen beantragten Erhebungen trotz der klerikal-conservativen Opposition doch noch vornehmen zu lassen. Nun endlich wird man einmal ein Bild von dem wirklichen Umfange der „schreienden Uebelstände" erhalten, welche die Agitatoren des Ultramontanismus und des hochkirchlichen Conservatismus im Wetteifer mit denjenigen der Socialdemokratie seit Jahren so demagogisch zu verwerthen wissen. Aus dem Schreiben des Fürsten Bismarck an den Bochumer Arbeiterverein ist nicht zu ersehen, ob die Erhebungen sich auch auf die Betriebe des Handwerks und der Hausindustrie erstrecken sollen. Zweifellos wird in den Kreisen gerade dieser Gewerbsformen Sonntagsarbeit am häufigsten vorkommen; aber ebenso zweifellos auch würde eine wirkliche Controle über die Durchführung des Arbeitsverbots in diesen Kreisen unmöglich sein. Eine Verbesserung der Sitte, entsprechende private Fürsorge, die Ermahnungen der Kirche können hier zur Beseitigung eingerissener schlechter Gewohnheiten viel thun; von der Staatsgewalt aber wird mehr, als sie jetzt bereits durch Verhinderung der die öffentliche Sonntagsruhe störenden geräuschvollen Thätigkeit thut, nicht erwartet, zum mindesten nicht mit Erfolg geleistet werden können. Großen praktischen Werth würden also Erhebungen auf dem Gebiete des Kleingewerbes und der Hausindustrie kaum haben; immerhin wäre auch hier eine Aufklärung über den wirklichen Stand der fraglichen Verhältnisse sehr wünschenswerth. Was die Großindustrie anlangt, so ist ganz besonderer Werth darauf zu legen, daß, wie der Kanzler angeregt hat, zunächst diejenigen Betriebe ermittelt werden, in welchen überhaupt Sonntagsarbeit stattfindet. Man hat den Nationalliberalen gegenüber gethan, als hätten sie mit ihrem bekannten Antrage ein allgemeines Plebiscit der Arbeiter und Arbeitgeber über die Sonntagsarbeit gewollt. Selbstverständlich hat es sich auch ihnen nur um eine Feststellung des wirklichen Bedürfnisses für ein etwaiges gesetzgeberisches Einschreiten handeln können. Und dies wird mit dem Vorschlage des Kanzlers am besten erreicht. Zugleich müßte dabei aber auch ermittelt werden, in wie viel Betrieben Sonntagsarbeit nicht stattfindet, bezw. in wie viel von diesen Betrieben das Feiern am Sonntag kraft polizeilichen Verbots oder aus freier Entschließung erfolgt. Hat man auf diese Weise einen Ueberblick über den thatsächlichen Umfang der Sonntagsarbeit in den Fabriken und dergleichen erhalten, so sollen die Betheiligten über die muthmaßlichen Folgen eines Verbots der Sonntagsarbeit gehört werden. Dabei wird sich denn ergeben, daß in Bezug auf viele Betriebe Arbeiter und Unternehmer in ihrem Urtheil über die vollständige Unmöglichkeit einer Unterbrechung des Betriebes am Sonntag übereinstimmen. In anderen Betrieben, welche wesentlich von der Jahreszeit, der Mode, der „Conjunctur" abhängen, wird sich Sonntagsarbeit nur ausnahmsweise unerläßlich erweisen; da aber nach Ansicht wenigstens der klerikal-conservativ-socialdemokratischen Mehrheit der betr. Reichstagscommission Rücksichten auf die „Conjunctur" keine Ausnahme von dem Verbot herbeiführen sollen, so würde auch für alle diese Betriebe das Verbot wohl überhaupt nicht gewünscht werden. Für den etwa noch verbleibenden Rest am Sonntag arbeitender Werke würde Alles darauf ankommen, ob die Arbeiter durch das Verbot nicht in ihrem Einkommen geschmälert würden. Man kann sehr gespannt darauf sein, wie die Enquete gerade in diesem Puncte ausfällt. Auf ihn in der That reducirt sich die ganze Frage.

* Die Bundesrathsausschüsse halten jetzt täglich Sitzungen ab, um das ihnen zur Vorberathung übertragene Material für die Plenarsitzung des Bundesraths, welche für die ersten Tage dieser Woche in Aussicht genommen ist, vorzubereiten.

* Ein nachträglicher Wahlproceß, der auf die ultramontan-socialdemokratische Verbrüderung in dem Wahlkreise Offenbach ein interessantes Schlaglicht geworfen, fand am 24. d. M., wie dem „Frankfurter Journal" berichtet wird, vor dem Amtsgerichte in Groß-Umstadt durch Publication des Urtheils seinen Abschluß. Der socialdemokratische Agitator Ulrich aus Offenbach, welcher in einem ultramontanen Städtchen dem nationalliberalen Reichstagscandidaten Herrn Schlagmacher aus Offenbach eine Wahlversammlung gesprengt hatte, wurde wegen Beleidigung zu 100 ℳ Geldstrafe und zur Tragung aller Kosten verurtheilt. Durch die Zeugenaussage eines Ultramontanen wurde über die Verbindung der Ultramontanen mit den Socialdemokraten in diesem Wahlkreise ein so helles Licht verbreitet, daß Herr Windthorst mit seiner Behauptung, ein ultramontan-socialdemokratisches Bündniß habe nie und nirgends bestanden, sich wird verkriechen müssen.

* Wie das „Braunschweiger Tageblatt" meldet, steht die Einberufung des braunschweigischen Landtags auf Dienstag den 30. d. Mts. bevor. Das genannte Blatt will ferner wissen, der Zusammentritt des Landtags solle demselben die in Aussicht gestellte Gelegenheit geben, seine Meinung über die mit dem Antrage Preußens im Bundesrathe zusammenhängenden Vorgänge in der braunschweigischen Frage zu äußern.

* * *

* Der österreichische Gesammtepiskopat hat soeben eine Kundgebung in Gestalt eines Hirtenbriefes erlassen, deren Entstehung weit zurück datirt. Bereits in der zweiten Hälfte des Februar hat die Conferenz der Erzbischöfe und Bischöfe stattgehabt, aus deren Berathungen das Manifest hervorgegangen ist. Die späte Publication wird mit dem inzwischen erfolgten Tod des Cardinals Schwarzenberg motivirt, dessen Unterschrift das Schriftstück noch trägt. Ausdrücklich wird in dem bischöflichen Schreiben hervorgehoben, daß die Bischöfe im Sinne der auf der Conferenz gefaßten Beschlüsse ohne Verzug bezügliche gemeinschaftliche Eingaben an die Regierung gerichtet haben, in denen sie ihre Forderungen nachdrücklich zur gerechten Würdigung empfehlen. Das Manifest stellt sich danach als ein förmliches Actionsprogramm des österreichischen Episkopats dar. Der wesentliche Inhalt des Hirtenbriefes ist folgender:

Im Eingang wenden sich die Prälaten an die Herzen der Gläubigen, um sie auf gewisse „Zeichen der Zeit" aufmerksam zu machen und zur Abwehr des drohenden „Sturmes" aufzufordern. Als solche „Zeichen der Zeit" führt das Collectivschreiben die überhandnehmende Glaubenslosigkeit, den religiösen Indifferentismus, den „praktischen Materialismus", die „immer zunehmende Entheiligung der Sonn- und Feiertage" an; es warnt vor dem „Geheimbund der Freimaurer", es warnt ferner vor der „schlechten Tagespresse", welche häufig in hinreißender blendender Form auftrete und „Gift in goldener Schale" credenze, ermahnt zur Unterstützung der guten, d. h. „der katholischen Tagespresse". Als ein trauriges Zeichen für die Abschwächung des Glaubensbewußtseins führt das Collectiv-Schreiben die Nationalitätenhetze an. „Nach christlicher Anschauung" — sagen die Prälaten — „sind die verschiedenen Nationen des Erdkreises nichts Anderes als gleichberechtigte Glieder, als Geschwister der Einen Völkerfamilie Gottes. Wer diese Wahrheit nicht anerkennt, wer sie leugnet, sei es auch nur praktisch durch sein Verhalten, wer demnach die Vorliebe zu seinem Volksstamme so auf die Spitze treibt, daß er andere Nationen haßt oder verachtet, Streit und Zwist zwischen ihnen erregt, wer in seinen Mitmenschen nicht in erster Reihe den Brüdern Christi sieht, sondern einfach den nationalen Gegner, der denkt und handelt nicht mehr im Geiste eines katholischen Christen, weil er die Nationalität über den katholischen Glauben stellt. — Darum mäßiget Euren nationalen Eifer, Eure nationalen Bestrebungen, verletzt die christliche Liebe nicht! Und warum, Geliebteste, sollet Ihr in unserem gemeinsamen Vaterlande, in unserem schönen Oesterreich, nicht in Liebe und Eintracht miteinander leben können? Warum sollet Ihr durch nationale Reibungen und Kämpfe die Last der Hirtenpflichten, welche Eure Bischöfe zu tragen haben, noch drückender, ihre ohnehin schwierige Stellung noch schwieriger machen?" Die Bischöfe erinnern an die 1849 von den österreichischen Bischöfen über denselben Gegenstand an die Gläubigen gerichteten Worte und ermahnen sie, bei Vermeidung alles Haders mit vereinten Kräften die Wohlfahrt des Reiches und jedes einzelnen Volksstammes zu fördern. Der Hirtenbrief äußert sich noch über Familienleben und Erziehung, beklagt die Entchristlichung der Familie, fordert die christlich-religiöse Gestaltung der Schulen und schließt mit einem Appell an die Eltern, eine sorgfältige Erziehung im Hause zu ihrem Hauptstreben zu machen.

* Ueber die Beziehungen Frankreichs zu Marokko wird Londoner Blättern, wohl etwas übertrieben schwarzseherisch, aus Gibraltar unterm 22. d. gemeldet: „Das französische Panzerschiff „Arethusa" ist in Tanger angekommen, um den französischen Gesandten und die maurische Gesandtschaft, die im Begriff sind, sich nach Paris zu begeben, einzuschiffen. Ihre Abfahrt wird diese Woche stattfinden, aber der Tag dafür ist noch nicht anberaumt. Es verlautet, der unmittelbare Zweck der Gesandtschaft sei, eine Berichtigung der Grenze von Marokko und Algier zu vereinbaren; es werden dieser auffälligen Sendung jedoch ernstere Zwecke unterschoben. Die Ansprüche Frankreichs auf den höchsten Einfluß in Marokko können nicht länger verhehlt werden und man erwartet, dies dürfte bald eine Frage werden, die eine ernste diplomatische Spannung verursachen wird. Nachdem Tunis thatsächlich in Algerien einverleibt worden, behaupten die französischen Agenten jetzt offen, daß Marokko mit Ausschluß von England und Spanien innerhalb Frankreichs Machtkreis kommen müsse, dem Tripolis mit dem Ausschluß italienischer Ansprüche folgen werde. Die Franzosen geben vor, der Sultan habe den Schutz Frankreichs nachgesucht, und sie machen dem britischen Gesandten in Tanger den Vorwurf, maurische Barbarei und Sclaverei gegen die Fortschritte französischer Gesittung aufrecht zu erhalten und zu schützen."

* Die Unterhandlungen über einen neuen Auslieferungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und England sind nunmehr thatsächlich beendigt, da man sich über alle Hauptpuncte des Documents geeinigt hat. Die Tragweite des gegenwärtigen Vertrages wird durch Hinzufügung neuer Tabellen von Verbrechen, worin die bestehenden zweifelhaften Bestimmungen klarer definirt werden, bedeutend ausgedehnt. Der neue Vertrag umschließt verschiedene Classen von Unterschlagungen und finanziellen Betrügereien, so daß

SLUB
Wir führen Wissen.